Auszug (Abschrift) aus: Hans-Dietrich Sander: Der nationale Imperativ, Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands, Sinus-Verlag, Krefeld 1980, ISBN: 3-88289-015-0, Seiten 28 bis 30.
Der Auszug ist Teil des Kapitels „Sumpfvermesseung I“!

Es geht um den „Zustand“ der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen und der Polizei und Justiz im Besonderen. Die Verhältnisse haben sich seit dem Jahr 1980 nicht „verbessert“!

(Zitat Anfang):
Die Verwaltung hat ihren Charakter gewechselt, seitdem das Undenkbare, das Streikrecht für Beamte, diskutabel wurde. Sie ist heute so kommerzialisiert, daß auch der Begriff der Provision, zumal in seiner hochgezüchteten, bis zur Unkenntlichkeit sublimierten Form, übertragbar erscheint. Wer wollte vor solchen Feinheiten der hochindustrialisierten Gesellschaft, mit ihren unüberschaubaren Strukturen und Relationen, den terrible simplificateur spielen und von Korruption sprechen? Die Polizei zeigt heute in vielen Fällen, in denen sie zum Schutz des Bürgers virulent werden müßte, eine Nachsicht von einer Bandbreite, die von Gutmütigkeit bis Feigheit reicht. Es entsteht der Eindruck, daß sie gegen die läßlichen Parksünden wie gegen Kapitalverbrechen vorgeht, um den Rest von Selbstachtung nicht zu verlieren. Sie ist von den Politikern allerdings institutionell hilflos gemacht, und von den Massenmedien unter eine Aufsicht gestellt worden, die im Zweifelsfall für den Verbrecher optiert, falls diese Bezeichnung überhaupt noch erlaubt ist. Im Justizwesen hat sich eine Richtung durchgesetzt, nach deren Gusto die Anstalten des Strafvollzugs nach dem Muster von Kindergärten umgewandelt werden sollten. Verantwortungsbewußte Juristen beklagen schon seit geraumer Zeit eine zunehmende Verunsicherung der Rechtsprechung, wobei die Demontage der richterlichen Autorität gleichzeitig „von oben“ und „von unten“ erfolgte: als die Terroristen dazu übergingen, während ihrer Prozesse die Richter durch Happenings und Provokationen lächerlich zu machen, bereitete man sich im Justizministerium darauf vor, die traditionellen Dienstbezeichnungen der Richter zu nivellieren. Trotzdem ist das Quantum Rechtsstaatlichkeit noch beträchtlich, aber auch für diesen Bereich gilt, daß Institutionen nicht allein kraft ihrer Normativität existieren: sie hängen in nicht unerheblichen Grade von den Personen ab, von denen sie besetzt sind und damit auch von Kräften, die sie manipulieren, umfunktionieren können. Die steigende Gesetzesflut und der Schwund des Verantwortungsbereiches der Verwaltung bereiten den Boden für diese Umtriebe der Legalität. Die Heerschar kritischer Juristen, die von Semester zu Semester stärker wird, lechzt danach, ein Instrumentarium nach dem anderen an sich zu reißen. „Eine kleine Beschleunigung im Tempo der Bewegung“, schrieb Carl Schmitt, „und das Gesetz als Mittel der Reform wird zum Gesetz als Mittel der Revolution.“ (5)

Betrachtet man die Parteien, die Träger dessen, was noch immer Staat heißt, vor dem Funktionswandel, der sich in verschiedenen Bereichen vollzogen hat, so kann nur schwerlich werden, sie hätten dieser Entwicklung widerstanden. Sie sind, nach Maßgabe ihrer Profile, meistens mit dem Strom geschwommen. Das hatte auch Folgen für sich selbst. Sie bilden heutzutage Heere mausgrauer Funktionäre, die hier und da schon, Verhältnisse im sozialistischen Lager assoziierend, Apparatschiks genannt werden. Alte Parlamentarier wie Hermann Höcherl bestätigen diesen Befund, wenn sie klagen, es gäbe im Bundestag im Gegensatz zu den ersten Legislaturperioden keine Individualisten mehr. Doch selbst die Betroffenen können nicht mehr umhin, das zuzugeben: sie tun es, wenn sich die Parteien, wie im jüngsten Wahlkampf, mit vollem recht gegenseitig beschuldigen, bloß noch Mittelmäßigkeit zu fördern. Aufmerksame Beobachter haben gefolgert, es gäbe keine Classe politique mehr. Das ist sicher ein Kurzschluß, entstanden durch die Verwendung eines Begriffs, der Quantitäten benennt, bei der Messung von Qualitäten. Jene unscheinbaren Parteifunktionäre bilden die politische Klasse von heute, von neuem Typus zwar, aber eine politische Klasse immerhin, die sich

instinktsicher präsentiert und rekrutiert und ihre Vorstellungen hat, denen es viele freilich nicht ansehen können, daß ihnen danach das Fell über die Ohren gezogen werden soll. (6)

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Parteien in dieser Besetzung die eben skizzierten Fehlentwicklungen aufhalten können, um neue Fundamente zu legen; die Umkehr setzt Substanzen voraus, die sich nicht ad hoc einstellen, sie müssen schon in der Anlage vorhanden gewesen sein. Die politische Apathie breitet sich unter den Bürgern aus, weil sich kein Schimmer von politischen Begabungen bemerkbar macht, die in solchen Situationen gebraucht werden. Sonst würde nicht der Eindruck vorhereschen, daß der Sozialismus doch nicht mehr abwendbar ist. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, um dessen Haupt manche ein Wetterleuchten erspähen wollen, erhielt schon im Juli 1976 von der John Hopkins Universität in Baltimore einen Ehrendoktorhut mit dem Testat, er habe „praktischen Sozialismus mit einem Sinn für die konservative Weltanschauung des deutschen Volkes“ verbunden. Gleich unanwendbar erscheint außenpolitisch die sowjetrussische Hegemonie, bei der man sich nur noch erhofft, daß ihre rechtzeitige Würdigung die Kausalketten von Konsequenzen erleichtern möchte. Wenn Kohl und Biedenkopf als christdemokratische Parteifunktionäre die umstrittene Verkündigung Schmidts vom Wirtschaftsboykott, mit dem der Westen auf eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien reagieren würde, mit dem Argument kritisiert, er habe der Einigung Europas schweren Schaden zugefügt, so kehren sie doch nur hervor, daß ihnen der Defaitismus womöglich noch tiefer in den Knochen steckt als der sozialliberalen Koalition, die sie mit dem Schlachtruf „Freiheit statt Sozialismus“ abzulösen betrachten. (7)
(Zitat Ende)

Hinweis: Frau Präsidentin Limperg hat diesen Auszug nicht bekommen. Mein Exemplar des Buches ist durch zahlreiche Notizen nicht kopierfähig.